

369



**Der
Freiheits-
kämpfer**

**Organ der Kämpfer für
Österreichs Freiheit**

48. Jahrgang - Nr. 2 - Juli 1997

Für Österreich sein Blut

Das Andenken des Märtyrerkanzlers Engelbert Dollfuß feiern wir am 26. Juli an seinem Grab auf dem Hitzinger Friedhof. *Siehe auch Seite 2.*

Gedenken an Engelbert Dollfuß



Eine Großkundgebung am Heldenplatz versammelte am 6. August 1934 eine unübersehbare Menge zum Gedenken an die Ermordung des Märtyrers für Österreich, Bundeskanzler Engelbert Dollfuß, am 25. Juli durch die illegale SS-Standarte 89.

Photos: Bildarchiv der Nationalbibliothek



Präsident Dr. Jurassek

Danke, lieber Camillo!

Leider hat sich unser lieber Kamerad, Camillo Heger, wie bereits im FK 1/1997 angekündigt, gezwungen gesehen, aus gesundheitlichen Gründen seine Tätigkeit für unser Organ DER FREIHEITSKÄMPFER zurückzulegen, die er viele Jahre als Idealist unentgeltlich praktisch allein ausgeübt hatte. Mit der Nr. 1/1990 des „Freiheitskämpfers“ ist Camillo als Redakteur usw. dem leider zu früh verstorbenen Kam. Dr. Josef Windisch gefolgt. Ursprünglich war ein Redakteurstem hierfür vorgesehen, bald aber ist die ganze Arbeit und Verantwortung auf die Schultern von Kam. Heger geladen worden. Er hat dem „Freiheitskämpfer“ ein neues Gesicht gegeben. Besonders angenehm ist die Verbesserung der Lesbarkeit durch die Unterteilung in 4 Spalten je Seite und die Auflockerung durch Bilder empfunden worden.

Danken wollen wir auch seiner Ehefrau Margit dafür, daß sie dem „Freiheitskämpfer“ ebenfalls unentgeltlich ihre grafische Kunst zu Verfügung gestellt hat. Unsere Organisation ist vielfach um den „Freiheitskämpfer“ beneidet worden.

Über diese an sich schon sehr verantwortungsvolle und aufwendige Tätigkeit hinaus, ist Kam. Heger auch seit vielen Jahren Vorstandsmitglied unseres Wiener Landesverbandes, derzeit dessen Obmann-Stellvertreter und des Kuratoriums. Besonders hervorgehoben sei auch seine langjährige Tätigkeit in der Opferfürsorgekommission beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales und in der Wiener Rentenkommission, bei der er noch heute unsere Kameraden vertritt. Darüber hinaus ist er noch vor allem auf sozialem Gebiet tätig.

Für seinen Einsatz für seine geliebte Heimat Österreich und die Aktivitäten für unsere Kameradinnen und Kameraden wollen wir unserem lieben Camillo aufs herzlichste danken. Wir bitten den Herrn, er möge ihm noch lange Zeit Zufriedenheit und Unbeschwertheit schenken.

Schon die Nummer 2/1997 des „Freiheitskämpfers“ wird von einem neuen Redakteurstem gemacht, Kam. Johannes Eidlitz wird die Redaktion, Kam. Dr. Kastelic die anderen mit der Herausgabe des FK verbundenen Arbeiten übernehmen. Wir danken diesen beiden Kameraden, daß sie sich zur Übernahme dieser mühe- und verantwortungsvollen Arbeit bereit erklärt haben und wünschen ihnen hierbei viel Erfolg und Freude.

Bundesobmann Dr. Hubert Jurassek



Hochverehrt um unsere Kameradschaft: Camillo Heger, der sich aus Gesundheitsgründen aus der Redaktion des „Freiheitskämpfers“ zurückzieht.

Landesverband Burgenland

Neuwahl des Vorstandes

Mit einer Gedenkmesse um 10:00 Uhr, geleitet von Hochwürden Dompfarrer Prälat Mag. Zistler im Dom von Eisenstadt, hat am 8. April 1997 die Hauptversammlung unseres Landesverbandes Burgenland im Bischofshof von Eisenstadt begonnen.

Nach einem Totengedenken – es sind seit dem Jahre 1994 über 20 Kameradinnen und Kameraden gestorben – und statutenmäßigen Programmpunkten wie Tätigkeitsbericht und Entlastung des Vorstandes hat der Landesparaleobmann der ÖVP und Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Jellaszitz ein Referat „ÖVP im Burgenland“ gehalten. Im Rahmen dieses Referates dankte er den Kameradinnen und Kameraden für ihren Einsatz im Kampf gegen den Nationalsozialismus. Es müsse der Genera-

tion, die diese Zeit nicht mehr erlebt hat, vor Augen geführt werden, was sich damals an Unmenschlichkeit ereignet habe; leicht könne so etwas wieder passieren, wie man aus den Ereignissen in Albanien sehe. In letzter Zeit hätten andere Parteien ihre Nähe zur Kirche und ihre soziale Ader entdeckt. Die ÖVP sei von Anfang an christlich und sozial gewesen.

Bundesobmann Dr. Jurassek dankte dem scheidenden Landesobmann OSR, Gstettner und überreichte ihm namens des Kuratoriums ein Buch. Weiters berichtete er über aktuelle Angelegenheiten wie Nationalfonds und „Mauerbachschatz“ (Verwertung der von Nationalsozialisten beschlagnahmten herrenlosen Vermögenswerten).

Es sind folgende Kameradinnen und Kameraden gewählt worden:

Landes-Obfrau Stellvertreter

Rosalie Szalay
OSR i.R. Julius Tihanyi
OSR i.R. Anton Gstettner
Oberhoff, Pia Kittelmann
Helene Böswirth
Ing. Franz Kaufmann
Oberhoff, Franz Liebenritt
OSR i.R. Wilhelm Gregorich
Elisabeth Laubner
Reg. Rat. Pallitsch
Min.a.d.HR Franz Sorenig
ZW Oberst a.D. Rudolf Schmidt

Schriftführerin Kassier Beiräte

Kassaprüfer

Schiedsgericht

Dollfußgedenken

Einer alten Übung folgend, versammeln wir uns am Samstag, dem 26. Juli 1997 am Hitzinger Friedhof zum Gedenken an die Ermordung von Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß sowie an die drei Freiheitskämpfer Biedermann, Huth und Raschke.

Wir treffen uns um 09.45 Uhr Eingang Maxingstraße 15.

Zufahrtsmöglichkeit mit U4 und von der Hitzingerbrücke mit Autobus 58 B bis Montecuccoli-Platz.

Sein Blut für Österreich

Wir feiern das Andenken des Märtyrers für Österreich, Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß, ermordet am 25. Juli 1934 von Angehörigen der illegalen SS-Standarte 89. Aus diesem Anlaß bringen wir einige Ausschnitte aus der Rede, die der leider zu früh verstorbene Vizekanzler a.D., unser Ehrenobmann Dr. Fritz Bock, am 50. Jahrestag des nationalsozialistischen Juliputsches gehalten hat.

Geboren als Kind einer armen Bauernmagd, war Engelbert Dollfuß von seinem ersten Schultag an ein seltsames Beispiel dafür, was ein Mensch leisten und erreichen kann, denn nicht eine einzige materielle Voraussetzung für seinen Werdegang in die Wiege gelegt worden war. Ein Mensch aus der bescheidensten Schicht des österreichischen Volkes, ein Schüler und Student mit ausgezeichneten Zeugnissen, ein im CV korporierter Hochschüler und schließlich ein Agrarfachmann ersten Ranges, stieg er das, was man gewöhnlich eine steile Karriereleiter nennt, hinauf, um schließlich in die höchste Verantwortung der Republik berufen zu werden. Die tiefe Religiosität des Engelbert Dollfuß hat dabei wohl die maßgeblichste Rolle gespielt. Was immer Engelbert Dollfuß in seinem Leben getan hat, er war immer bestrebt, seine Entscheidungen in Übereinstimmung mit seiner Weltanschauung zu bringen. Daß er dabei auch irrt, ist, fast möchte ich sagen, mehr als selbstverständlich, denn wer irrt nie? Was ihm aber nicht abgesprochen werden kann, ist seine feste Überzeugung, das Richtige, das Notwendige und – das muß betont werden – das Unvermeidliche zu tun.

Daran ändert auch nichts, daß sein Bild im Rückblick der österreichischen Geschichte schwankt. Nicht zuletzt deshalb unterliegt das Wirken Engelbert Dollfuß' unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Auffassungen, insbesondere, weil er in oberster Verantwortung nach dem Bürgerkrieg vom Februar 1934 konfrontiert wurde und weil Bürgerkriege tiefe Wunden auf-

reißen, die niemals ganz verharben. Aber gerade deshalb muß man ihm Gerechtigkeit widerfahren lassen. Keine verantwortliche Führung eines Staates, welche gesellschaftliche Form er immer haben mag, würde ihrer Verantwortung gerecht, wenn sie mit Waffengewalt auftretenden Revolten nicht auch mit den Mitteln der Exekutive entgegenritte. Wäre es nicht so, so wäre der Anarchie Tür und Tor geöffnet.

Es ist sicherlich eine andere Frage, wie weit die Bestrafung derer gehen darf, die sich mit der Waffe in der Hand gegen ihren Staat erhoben haben. Wir tun dem Gedenken an Engelbert Dollfuß keinen Abbruch, wenn wir im Lichte unserer heutigen Auffassungen die Vollstreckung von 9 der damals 21 ausgesprochenen Todesurteile nicht billigen können. Nicht deshalb, sondern weil es unserer Überzeugung entspricht, möchte ich auch unseren Respekt vor allen bezeugen, die mit dem Einsatz ihres Lebens für ihre Überzeugung eingetreten sind: des Opfers auf beiden Seiten der Barrikaden und den Gefallenen der Exekutive.

Geschichte ist immer eine Kausalkette vorangegangener und nachfolgender Ereignisse und kann nur ausgeleuchtet werden, wenn man bereit ist, nicht nur festzustellen, was geschehen ist, sondern auch festzuhalten, warum es so geschehen ist.

Das Linzer Programm von 1926 der Sozialdemokratischen Partei, das von der allfälligen Notwendigkeit einer Diktatur der linken Seite gesprochen hat, der Brand des Justizpalastes von 1927, die Ablehnung des Seipel'schen Angebotes 1931, eine Konzentrationsregierung zu bilden, und die wilden Hitzreden des sozialdemokratischen Parteiführers Otto Bauer, der am Parteitag im November 1932 das Zusammengehen der

reichischen Volks angestellt wurden zu einem tragfähigen Konsens der beiden großen politischen Parteien zu gelangen, sind erfolglos gewesen.

Es ist überhaupt falsch, Engelbert Dollfuß als Antidemokraten zu betrachten. Dollfuß wußte, daß mit der Selbstschauung des Nationalrates am 4. März 1933 niemals ein Endzustand herbeigeführt werden konnte oder durfte. Aber Dollfuß wußte auch, und mit ihm wußten es eigentlich alle Österreicher, daß die seit 1931 durch fast tägliche Terrorakte gekennzeichnete nationalsozialistische Aggression die größte Gefahr für Österreich war, der alle anderen Überlegungen und Maßnahmen untergeordnet waren. Um dieses Problem zu meistern, bedurfte es einer möglichst starken Staatsgewalt, die durch eine Bundesregierung, die sich damals nur auf eine Mehrheitsstimme im Nationalrat stützen konnte, nicht gewährleistet war. Dollfuß wußte aber auch, daß ein Regierungssystem unhaltbar war, das ohne jede parlamentarische Kontrolle funktionierte; er wußte, daß es nicht funktionieren konnte. Der Ausweg war die autoritär-ständische Bundesverfassung vom 1. Mai 1934. Sie ist nicht mit einer faschistischen



Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß in der Uniform eines Kaiserschützen Oberleutnants.

sozialistischen Internationale mit den Kommunisten propagierte, stellten die Weichen für den Februar 1934.

Es ist hier nicht der Platz für eine umfangreiche Aufzählung aller historischen Ereignisse und Zusammenhänge. Aber die innerpolitische Entwicklung in der ersten Republik war von radikaler Konfrontation und politischer sowie persönlicher Feindschaft der politischen Gruppen dieser Zeit geprägt und alle Bemühungen, die in überwiegender Zahl von der bis zu den letzten Wahlen vor 1938 bestehenden bürgerlich-konservativen Mehrheit des öster-

reichischen Volks angestellt wurden zu einem tragfähigen Konsens der beiden großen politischen Parteien zu gelangen, sind erfolglos gewesen. Es ist überhaupt falsch, Engelbert Dollfuß als Antidemokraten zu betrachten. Dollfuß wußte, daß mit der Selbstschauung des Nationalrates am 4. März 1933 niemals ein Endzustand herbeigeführt werden konnte oder durfte. Aber Dollfuß wußte auch, und mit ihm wußten es eigentlich alle Österreicher, daß die seit 1931 durch fast tägliche Terrorakte gekennzeichnete nationalsozialistische Aggression die größte Gefahr für Österreich war, der alle anderen Überlegungen und Maßnahmen untergeordnet waren. Um dieses Problem zu meistern, bedurfte es einer möglichst starken Staatsgewalt, die durch eine Bundesregierung, die sich damals nur auf eine Mehrheitsstimme im Nationalrat stützen konnte, nicht gewährleistet war. Dollfuß wußte aber auch, daß ein Regierungssystem unhaltbar war, das ohne jede parlamentarische Kontrolle funktionierte; er wußte, daß es nicht funktionieren konnte. Der Ausweg war die autoritär-ständische Bundesverfassung vom 1. Mai 1934. Sie ist nicht mit einer faschistischen oder nationalsozialistischen Regierungsform zu vergleichen, denn sie enthält z.B. mit den nach einer Übergangszeit vorgesehenen demokratischen Wahlen in zwei der vier gesetzgebenden Körperschaften, nämlich in den Bundeskulturrat und den Bundeswirtschaftsrat, rein demokratische Elemente, was sich auch dadurch beweist, daß z.B. die Beschlußfassung über das Staatsbudget, also des wichtigsten Gesetzes, der Zustimmung des Bundeswirtschaftsrates bedurfte.

Daß die österreichische Regierung damals auch unter dem Druck des faschistischen Ita-

liens gestanden ist, ist bekannt und ergab sich einfach daraus, daß der italienische Diktator der einzige war, der damals für die österreichische Unabhängigkeit eingetreten ist, während die Proteste aller anderen Mächte das Papier nicht wert waren, auf dem sie geschrieben wurden.

Das führt uns auch noch zu einer anderen Feststellung, die, wenn wir von Engelbert Dollfuß sprechen, die allerwichtigste ist. Der österreichische Bundeskanzler war der einzige, der

dem deutschen Diktator mannhaft entgegengetreten ist und ihm nicht zuletzt durch seinen Tod die erste und einzige Niederlage bis zur Schlacht von Stalingrad zugefügt hat.

Engelbert Dollfuß war es, der mit dem alten Ruf „Österreich über alles, wenn es nur will“ die Basis für den uns heute so selbstverständlichen österreichischen Patriotismus gelegt hat. Und hätte Engelbert Dollfuß nichts anderes getan als dieses, so müßten wir ihm schon deshalb dafür danken. ■

Totengedenken

Am Mittwoch, den 12. März 1997 sind wir, wie alljährlich, in der Michaelerkirche in Wien I. zusammengekommen, um gemeinsam mit der Lagergemeinschaft Dachau unserer verstorbenen Kameradinnen und Kameraden zu gedenken. Der Pfarrer der Michaelerkirche hat in der heiligen Messe der Opfer der politischen Verfolgung und des von den Nationalsozialisten vom Zaune gebrochenen Krieges gedacht. Ohne Leid gebe es keine Vollendung, Christus habe für uns gelitten und uns so den Weg zum Heil geöffnet. Auch für uns, die wir damals davongekommen seien, gebe es ohne Opfer und Leid keine Vollendung.

Nach Schluß der heiligen Messe begaben wir uns zur Kapelle mit dem Dachauer Kreuz, wo der Obmann der Lagergemeinschaft Dachau, Sekl.Chef i.R. Dr. Hermann Lein, der toten Kameraden gedachte. Ihr Vermächtnis

für uns sei es zu sorgen, daß sich die Greuel des Nationalsozialismus nicht wiederholen. Wichtig sei vor allem die Aufklärung der Jugend.

Wir danken allen, die mit uns bei der heiligen Messe der toten Kameraden gedacht haben.

Besonders danken wir den erschienenen Vertretern des politischen und öffentlichen Lebens, an ihrer Spitze die Landtagspräsidentin Frau Maria Hampel-Fuchs und Herr Bezirksvorsteher der Inneren Stadt, Dr. Richard Schmitz.

Anschließend an die heilige Messe begaben wir uns mit den Damen und Herren zum Denkmal vor der Albertina, wo von Bezirksvorsteher Dr. Schmitz mit einer Kranzniederlegung und Worten des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus und des Krieges, insbesondere der Bombardierung vom 12. März 1945 erinnert wurde.

Folgende Kameraden sind verstorben:

Josef Walter Kantner	Jahrgang 1911
Alois Rolla	Jahrgang 1911

Das Sterbedatum ist uns leider nicht bekannt.

Landesverband Vorarlberg

Neuwahl des Vorstandes

Am 19. April 1997 fand die außerordentliche Versammlung der Kameraden der politisch Verfolgten Vorarlbergs, im Gasthaus

„Schwarzer Adler“ in Rankweil statt.

Es wurden folgende Funktionäre einstimmig gewählt:

Obmann	Nikolina Reichenpfader
Obmannst.	Guido Paterno
Schriftführer	
und Kassier	Erwin Reichenpfader
Beiräte	Johanna Burtcher
	Hilde Schweigebauer
	Margit Paterno



Blick auf Bregenz und den Bodensee

Nationalfonds der Republik Österreich

Wie im FK 4/1995, Seite 11, zuletzt hingewiesen, zahlt der Nationalfonds der Republik Österreich an Opfer im Sinne des § 1 Opferfürsorgegesetz, S 70.000,— ohne Rücksicht auf die sozialen Verhältnisse.

Auf Intervention der Arbeitsgemeinschaft ist es gelungen, daß vom Nationalfonds auch die nach dem Opferfürsorgegesetz anerkannten Hinterbliebenen eine Entschädigung erhalten, deren Ehepartner bzw. Lebensgefährte/in zwischen

1938 und 1945 hingerichtet oder im Kerker oder KZ ums Leben gekommen sind. Dies gilt auch für die Kinder, soweit sie Vollwaisen wurden und bei dem Tod ihrer Eltern noch nicht volljährig waren.

Die Kameradinnen und Kameraden, die bisher noch keinen Antrag gestellt haben, werden dringend ersucht, ehestens einen solchen zu stellen; die Formulare können entweder von uns direkt oder vom Nationalfonds, 1010 Wien, Dobhofgasse 3, bezogen werden. (s.auch FK 1/1996)

Nie wieder

Durch Fehlverhalten, Unentschlossenheit und politische Intoleranz ist es vor 70 Jahren aus einem der damals allwöchentlichen Zwischenfälle in Wien zu den blutigen Ereignissen des 15.7.1927 gekommen.

Am 30.1.1927 wollte in dem kleinen borgenländischen Ort Schattendorf nahe der ungarischen Grenze die eher monarchistische Frontkämpfervereingung eine ordnungsgemäß bei der Behörde gemeldete Versammlung abhalten, bei der ihr Obmann Oberst Hiltl sprechen sollte, der aber nicht erschien war. Der örtliche sozialistische Schutzbund hatte – entgegen der bisherigen Übung – die Frontkämpfer-Kandgebung verhindern wollen. Nach einer Prügelei, in die die beiden örtlichen Gendarmen nicht eingegriffen, wurden die Frontkämpfer in das von ihnen besuchte Gasthaus gedrängt. Daraufhin hatten drei Personen, darunter die zwei Söhne des Wirts, die Nerven verloren und aus dem Dachfenster zu schielen begonnen. Ein Kind und ein invalider Schutzbündler sind dabei getötet worden.

Im Rahmen des Wahlkampfes für die am 24.4.1927 stattgefundenen Wahlen in den Nationalrat haben beide Großparteien diese damals nicht gerade seltenen Zwischenfälle für ihre Zwecke ausgenutzt und dementsprechend dramatisiert. Derartige strafbare Handlungen sind damals vor ein Geschworenengericht gekommen, bestehend aus 12 Staatsbürgern, die ohne Anwesenheit von Richtern über die Schuld zu entscheiden hatten. Eine Erlungenschaft der Revolution 1848, die auch von den Sozialdemokraten als Beteiligung des Volkes an der Rechtsprechung geschätzt worden ist. Diese 12 Geschworenen haben nach einigen Tagen Verhandlung und mehrstündiger Beratung am 14.7.1927 mit Stimmenmehrheit die Schuld der Angeklagten verneint, was einen Freispruch zur Folge hatte. Ein Fehlurteil, das aber auch in politischen Prozessen

dahin öfter vorgekommen ist. Aber auch die Angeklagten, denen nach den Strafenkämpfen des 15. Juli der Prozess gemacht worden ist, sind von den Geschworenen-Gerichten freigesprochen worden.

Zu den schweren Ausschreitungen war es gekommen, nachdem in der „Arbeiterzeitung“, dem Parteorgan der Sozialdemokraten, von deren Chefredakteur, Friedrich Austerlitz, schwerste Unentschiedel geübt wurde. Der Artikel von Austerlitz, der auch Mitglied des Verfassungsgerichtshofes gewesen ist und als solcher für die Beachtung der Verfassung hätte sein müssen, gipfelte in der auch von Karl Renner als zu aufreizend bezeichneten Frage, ob dieses Urteil an sich nicht schon den Bürgerkrieg bedeute. Unter dem Eindruck des Freispruches und auch dieses Artikels hat in der



Fatal des drohenden Bürgerkriegs: Der Brand des Justizpalastes in Wien am 15. Juli 1927, ausgelöst durch die Kritik am Urteil des Geschworenengerichts im sogenannten Schattendorfer Prozess war das sichtbarste Zeichen der beginnenden Kämpfe zwischen den politischen Gruppen, die in den beiden Parteien vom Februar und Juli 1924 eskalierten.

Nacht zum 15.7.1927 der Angestelltenbetriebsrat der Wiener Elektrizitätswerke beschlossen, das Signal für den Streik zu geben, vorher aber eine Delegation zum Parteivorstand der Sozialdemokraten zu entsenden, der sich in der Redaktion der Arbeiterzeitung aufgehalten hat. Der dort anwesende Otto Bauer hat keine klare Antwort gegeben. Daraufhin ist durch Abschalten des Stroms das Signal für Streik und Demonstration gegeben worden. Bürgermeister Seitz und Julius Deutsch, der Obmann des Schutzbundes, sind

davon informiert worden, haben aber keinen Grund zur Besorgnis oder zum Handeln gesehen.

Eher ungeordnet zogen Streikende in den Morgenstunden des 15.7. in die Wiener Innenstadt. In Wien 8 sind die Redaktionen der Wiener Neuesten Nachrichten (Freie Presse) und der Reichspost geplündert, letztere auch in Brand gesteckt worden. Das in Sichtnähe des Rathauses gelegene Polizeiwachzimmer Lichtenfelsgasse ist gestürmt worden, die sich in nächster Nähe befindlichen Beamten der Gemeindefache sind nicht eingeschritten.

Der Versuch der über den Ring ziehenden Demonstranten, Universität und Parlament zu stürmen, konnte von der Polizei verhindert werden. Gegen die eingesetzte berittene Polizei hatten die Demonstranten vor dem Justizpalast Barrikaden errich-

tertwir ist an der Zufahrt gehindert worden. Erst jetzt haben Seitz und Bauer auf Fahrwegen der Feuerwehr stehend versucht, die Masse zu beruhigen; leider vergebens. Aus den Reihen der Demonstranten sind Schüsse gefallen. Der Sicherheitswache, nunmehr anstelle der Säbel mit Gewehren bewaffnet, ist es erst nach Stunden unter Einsatz der Schutztruppe gelungen, die Demonstranten zu zerstreuen. Die Opferbilanz: 89 Tote darunter 4 Polizisten, 120 schwer-, 480 leichtverletzte Polizisten, mindestens ebenso viele auf Seiten der Demonstranten.

In der Folge verhielten sich die Fronten, die Sozialdemokraten sprachen von „Arbeitermordem“ und beschimpften Bundeskanzler Seipel „Prälat ohne Milde“. Die Bürgerlichen sahen, noch unter dem Eindruck der Worte Otto Bauers auf dem Parteitag der Sozialdemokraten in Linz 1926, in diesen Ereignissen den Versuch der Ausrufung der Diktatur des Proletariats. Die Heimwehr hatte großen Zulauf. Die Bürgerkriegsarmee des Jahres 1934 formierten sich.

Schon auf dem Parteitag der Sozialisten 1927 haben sowohl Otto Bauer als auch Karl Renner das Verhalten der Führung ihrer Partei im Juli 1927 kritisiert. Ähnliches hat auch Dr. Adolf Schöf in seinem 1955 geschriebenen Aufsatz „Mangel in der Willensbildung der Partei“ gemeint.

Hüten wir uns vor jedem Appell an die „Macht der Straße“ gegen Entscheidungen demokratisch bestellter Organe. Sonst könnte es uns auch heute passieren, wie Anfang der 30-iger Jahre, als schließlich die Nationalsozialisten Herren der Straße geworden sind und triumphierend gewungen haben „Die Straßen frei den braunen Bataillonen“.

Das jetzt vor unseren Augen sich abspielende Drama in Albanien, wo aus gerechten Gründen spontan stattgefundenen Demonstrationen unter dem Einfluß von Demagogen und verbrecherischen Elementen in ein Chaos umgekippt sind, sollte uns Warnung sein. ■

Foto: Bildarchiv der Nationalbibliothek Wien

Fest für Ludwig Steiner zum 75.

Widerstand als Tugend

Die Politische Akademie der Volkspartei, das Karl von Vogelsang-Institut und das Dokumentationsarchiv des Widerstandes haben in einer Festveranstaltung den 75. Geburtstag von Staatssekretär a.D. Botschafter Dr. Ludwig Steiner gefeiert. Nach Ansprache von Nationalratspräsidenten Dr. Heinrich Neisser, Dr. Günther Burkert und Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer, hielt Univ. Prof. Dr. Heinrich Oberreuter, Ordinarius für Politikwissenschaften an der Universität Passau den Festvortrag „Widerstand als Tugend“. Eine eingehende Würdigung des Widerstandskämpfers, Diplomaten und Politikers Ludwig Steiner haben wir schon in der Nr. 1 des „Freiheitskämpfers“ dieses Jahres gebracht. Hier folgen nun markante Ausschnitte aus dem Vortrag Professor Oberreuters:

Schon ein oberflächlicher Blick auf die Geschichte des Widerstandes weist zahlreiche Gemeinsamkeiten zwischen Österreich und Deutschland auf. Aber zu den Unterschieden gehört, daß es von Anfang an eine austro-patriotische Verschwörung gegen den Nationalsozialismus gegeben hat, die man eben neben die bekannten Bilder von der Hitlerfeier auf dem Heldenplatz stellen muß, wenn man einigermaßen einen Eindruck von jener Zeit gewinnen möchte. Der Anschluß war zwar unblutig zustande gekommen, aber er war eine Folge des damaligen „Appeasements“, das Hitler Erfolge ermöglichte. Der Anschluß war eben doch durch entsprechende Drohgebärden zustande gekommen. Zu den österreichischen Eigenheiten des Widerstandes gehört auch die Breite des Einsatzes in der Endphase in Wien, in Tirol und anderen Landesteilen. Aber ebenso wie in Deutschland muß man betonen, daß es auch hier nie eine eigentliche Volksbewegung war. Verbindungen zwischen Österreich und dem deutschen Widerstand gab es natürlich: Gruber etwa und auch andere Gruppen hatten Verbindungen zu Gördeker, die Sozialisten wiederum zu Leuschner. Der 20. Juli hatte auch in Wien seine Ableger und seine Aktionen, zunächst durchaus erfolgreich, wenn auch wie überall dann gescheitert.

Erklärungen, die dem deutschen Menschen eine besondere Tendenz zum Gehorsam

zuzurechnen, greifen zu kurz. Es scheint ja, daß dieser Vorwurf die Österreicher nicht im gleichen Maß trifft. Es mag sein, daß die Obrigkeitlichkeit der Deutschen letztlich in der preußischen Staatlichkeit wurzelt. Eine Staatlichkeit, in der die Position des Staatlichen so weit getrieben worden war, daß Staat und Kasernenhof miteinander vertauscht waren.

Der Obrigkeitsstaat galt, und das ist nun nicht nur preußisch, als christlicher Staat. Damit war der Frage nach der Entartung des Staates und des Widerstandes gegen ihn praktisch der Boden entzogen. Mit der Macht lag nun auch die Erhaltung von Recht und Gerechtigkeit allein in den Händen der Obrigkeit.

Professor Oberreuter betonte den Unterschied zwischen den westlichen Demokratien und Deutschland, der darin lag, daß dort der Bürger sehr wohl ein Recht auf Selbstbehauptung gegenüber dem Staat besaß und besitzt, während in Deutschland vor dem 1. Weltkrieg, aber auch empfindungsgemäß in der Weimarer Republik die Autorität des Staates für eine große Mehrheit der Bürger als unangreifbar galt. Oberreuter verwies als Gegensatz etwa auf das Staatsiegel des US-Bundesstaates Virginia von 1776, das die Inschrift trägt: „Widerstand gegen den Tyrannen ist Gehorsam vor Gott“.

In Deutschland habe in Österreich haben späterhin die Koalitionen des Widerstandes jene Kräfte in sich geborgen, für die eben der Widerstand die

Fortsetzung der Auseinandersetzungen aus der Endzeit vor dem NS-Regime waren. Das gilt, so sagte der Vortragende, für die Traditionalisten, für die Legitimisten, die es in Österreich ja gab, auch für Vertreter der Ständestaatsidee, für demokratische Katholiken und selbstverständlich für die So-

und Vernichtung des anders Denkenden, der todbringende Rassenwahn, ihrerwegen galt Hitler als Erzfeind der Welt, so Henning von Treskowitz, als das personifizierte Böse der Weltgeschichte, so Hans von Haften. Manchen galt er schlicht als Antichrist, so Bonhöffer. Viele, die von der Mundindustrie des Systems Kenntnis erhalten hatten, glaubten nicht mehr weiterleben zu können, ohne wenigstens den Versuch zu unternehmen dieser Einhalt zu gebieten. Nicht man Hitlers Machtergreifung für legal, was für Österreich schwerlich gelten kann, ihn selbst folglich nicht für einen tyrannus usurpatoris, was er doch ein Herrscher, der legal verliehene Macht zur Aufhebung der Legalordnung mißbrauche. Wer für die Wiederherstellung des Rechts und



Widerstandskämpfer, Politiker und Diplomat: Dr. Ludwig Steiner an der Seite seiner Gemahlin Daniela, ihr Vater, Major Alexander, war vor 1938 Chef des Sturmkorps der IV

zialdemokraten und ebenso für die Kommunisten, deren Widerstand jenen Respekt verdiente, der ihren Zielen versagt bleiben müsse. Wer ein Gewaltregime nur durch ein anderes ersetzen wolle, dem dürfe man nicht Tugendhaftigkeit bescheinigen. Hier muß man auch anmerken, daß zu den Aktivisten im Widerstand – zunächst in Deutschland – Kreise gehörten, die anfangs der Republik mit Skepsis und dem Nationalsozialismus mit Sympathie gegenüberstanden, aber dann mehr als einmal versuchten Hitler auszuschalten.

„Angriffskrieg, Verfolgung

des Friedens kämpfte konnte also Thomas von Aquinas Satz für sich in Anspruch nehmen: „Wer das Gemeinwohl vernichtet ist kein Auführer“.

„Widerstand kann nicht definiert werden ohne das politische System, das sein Widerpart ist. Widerstand gibt es nicht in einem Rechtsstaat, der materiell an jene Werte gebunden ist, deren Mißachtung ihn im historischen Ernstfall erst herausgefordert hat. Widerstand auf solch ethischem Fundament kann es nur in politischen Systemen geben, die genau diese Werte vorerhalten. Solche Systeme fordern

Widerstand heraus oder definieren aus ihrem umfassenden Herrschaftsanspruch jeden Akt des Widerspruchs und des sich Entziehens als Widerstand. Dies ist die spezifische Situation des Widerstands immer gewesen. Wenn Widerstand vorliegen soll, muß auch Tyrannis herrschen. Man kann Widerstand nicht definieren, ohne Berücksichtigung der konkreten Rahmenbedingungen des politischen Systems.

Man sollte genau bleiben und unterscheiden:

1. Partizipation, als die ganz normale und in Demokratien zu mindest erwünschte Form politischer Beteiligung, natürlich gerade auch als eine Form kontroverser Beteiligung am politischen Willensbildungsprozeß und als Versuch dessen Ergebnisse ständig zu beeinflussen.

2. Opposition als eine freiheitsichernde parlamentarische Kontrolle im Parlament, als der andere Beweg der Politik, wie Carlo Schmidt es einmal definiert hat. Im übrigen ausgestaltet mit allen Mög-

lichkeiten der liberalen Demokratie.

3. Verfassungsrevisionistische oder revolutionäre Bewegungen, die sich selbst gern als Fundamentalopposition bezeichnen und die eine Bestreitung des Grundkonsenses oder auch bereits den Verlust dieses Grundkonsens anzeigen und die eine Alternative zur bestehenden Ordnung errichten wollen. Das würde auch zutreffen auf die Bürgerbewegung in der DDR.

4. Widerstand als ein No-stand, der durch die Unrechtmäßigkeit von Gewalt und Willkürherrschaft selbst gegründet wird.

5. Zivilen Ungehorsam in seiner klassischen Definition, die auf eine gewissenbestimmte Verweigerung der Mitwirkung an Handlungen hinausläuft, die individuelles Gewissen nicht tolerieren zu können glaubt. Das bedeutet aber auch, daß dieses Gewissen geprüft sein muß, dieses Gewissen muß informiert sein. Dieses Gewissen muß in seine Prüfung mit einbeziehen,

daß sich ein schwerwiegender Akt der Verweigerung oder sonstiger Tätigkeit nicht gegen den Rechtsfrieden eines auf ethischen Fundamenten gegründeten Staates richtet."

Der Vortragende befaßte sich sodann mit der Frage, ob Widerstand gegen einen Staat, in dem Demokratie, Recht und Gesetz herrschen, zulässig sei und verneinte dies. Er bezog sich damit auf die bekannten Ereignisse in Deutschland, wie die diversen Terrorakte der Roten Armee Fraktion oder auch rechtsradikale Aktionen.

"Wir sollten es vermeiden uns die bestehenden politischen Systeme als Kapitalismus aufschwätzen zu lassen und wir sollten es vermeiden uns auf Analysen einzulassen, die da lauten: Nachdem der Sozialismus untergegangen sei, sehe man jetzt angesichts der ökonomischen Schwierigkeiten, die wir in Deutschland gegenwärtig mehr haben als in Österreich, daß der Kapitalismus kein weiterführendes Gegenmodell mehr ist. Das ist die falsche Alternative. Die De-

mokratie und der demokratische Rechtsstaat haben sich nie verstanden als Gegensatz zum Sozialismus und nie gerechtfertigt als rein ökonomischer Erfolg"

Abschließend unterstrich Professor Obermayer das unvergessliche Verdienst der Männer und Frauen des Widerstandes, die die Prinzipien, nach denen heute unsere Staaten erbaut sind und bestehen, innerlich hochhielten und ihre Verwirklichung ermöglichten. Widerstandskämpfer wie Ludwig Steiner setzten diese Ideen in die Aktion um.

Obermayer schloß: "Wir stehen mit unseren Verfassungen in der Schuld jener, die damals als Militärs und Studenten, als Bürgerliche Konservative oder auch als Sozialdemokraten, als Politiker, als Christen beider Konfessionen oder als Einzelne schlicht ihrem Gewissen folgend Widerstand geleistet haben. Sie waren keine Mehrheit in unseren Gesellschaften. Um so mehr verdient jeder einzelne von ihnen hohen Respekt bis auf den heutigen Tag."



Wieder in österreichischer Hand: Das Wiener Burgtheater, mehr als ein Jahrzehnt kommandiert von Direktor Prymann, der ihm seinen sehr eigenwilligen, sehr norddeutschen Stil aufzwang, kommt nun wieder heim. Der neue Direktor ab 1999 wird ein Österreicher sein: der bisherige Volksoperndirektor Bachler.

Politische Ethik im Parteienstaat

Moral und Politik

Die Frage der Beziehungen zwischen Politik, Moral und Ethos behandelte der 2. Präsident des Nationalrats Dr. Heinrich Neisser in einem Vortrag aus Anlaß des 85. Geburtstages von Vizekanzler a.D. Dr. Hermann Widhalm in der politischen Akademie der Volkspartei. Eingangs hatte Dr. Helmut Wismut auch namens des Karl von Vogelsang-Instituts den Jubilar gewürdigt, der Generalsekretär, Parteiohmann der Volkspartei und Vizekanzler gewesen ist. Dr. Wismut konnte Ehrenparteiobmann Vizekanzler a.D. Dr. Alois Mock, Vizebürgermeister Dr. Gürg, Botschafter Dr. Ludwig Steiner und Frau Nationalratspräsidentin a.D. Marga Hubinek unter den zahlreich erschienenen Gästen begrüßen.

Dr. Wismut erinnerte – ebenso wie später Dr. Neisser – an den Wahlspruch Widhalms „Nihil potest nihil recusare“, den er in seinem politischen Leben zur Realität gemacht habe. Dr. Widhalm könne als ein Vorbild des Politikers, in einer Zeit des Mißtrauens gegen die Parteien und deren Vertreter, sehr wohl gelten.

Nationalratspräsident Neisser führte sodann aus, Überlegungen zur politischen Ethik seien ein riskantes Unterfangen.

Es bestünde die Gefahr, daß ein Plädoyer für eine stärker an moralischen Grundsätzen orientierte Politik als rhetorische Pflichtübung angesehen werde. Aber gerade in der Demokratie sei Politik ohne moralischen

Grundauftrag nicht möglich. Moral in der Politik könne nicht von oben verordnet, sondern nur aus dem Volk hervorgewachsen sein.

Moral und Ethik in einer modernen Gesellschaft lassen sich immer in einem Dreiecksbezug deutlich machen. In einem Dreiecksbezug zwischen Gesellschaft, zwischen Staat und dem Bürger, zwischen allen drei Bereichen ist die Moral nach wie vor eine Bindekraft, Moral ist Richtung und ist Bindung. Das war sie früher, das ist sie heute noch ob zwar wir heute noch von einer zunehmenden Zerklüftung der Moral sprechen können. Und für jeden politischen Menschen, politisch tätigen Menschen, stellt sich die Frage der Moral in der Politik eigentlich

in jeder Phase seiner Existenz. Moral ist ein Bestimmungs- und Gestaltungsfaktor für politisches Handeln. Moral findet ihren Ausdruck in gesellschaftsbezogene, zielbezogene

geschaften man vom Politiker verlangen muß.

Viele Diskussionen, auch innerhalb der Partei sind geprägt von einer falschen Rücksichtnahme und von einer echten Verlogenheit. In dem man alles mögliche versucht vorzuschieben, um eigentlich von der persönlichen Konfrontation, die letztlich auch eine Differenzfrage gerade im Moralischen ist, abulenken.

Um diese Herausforderung kommt man nicht hinweg. Ich glaube eine öffentliche Diskussion sollte das auch von der Politik und von den Politikern einfordern.

Politische Moral kann nicht isoliert gesehen werden. Politische Moral befindet sich in



Obmänner im Gespräch: Vizekanzler a.D. Dr. Hermann Widhalm mit Vizekanzler a.D. Dr. Alois Mock

Das Bild des Politikers

„Das Image eines Politikers bildet sich nicht von heute auf morgen, meist ist es ein mühsamer lange andauernder Prozeß, der bei dem einen früher, bei dem anderen später, bei vielen aber überhaupt nie zu einem positiven Abschluß kommt. Meist sind es wehrer Komponenten, die zusammenwirken müssen bis sich im Laufe der Zeit das Bild eines Politikers ausprägen und abzeichnen beginnt. Es müssen eben auch hier wie sonst im Leben gewisse Eigenschaften als Grundvoraussetzungen gegeben

sein, wenn ich hier einige Beispiele aufzähle, dann ist diese Aufzählung keineswegs erschöpfend. Ohne Talent, Fleiß, Redlichkeit, Ehrlichkeit und vor allem ohne die Glaubwürdigkeit, die ich für eine der Haupttugenden des Politikers halte, wird und kann kein wirkliches positives Bild des Politikers in der Öffentlichkeit entstehen. Das heißt also, daß das Fundament für das spätere Gesamtbild eines Politikers primär von ihm selbst gewählt werden muß.“

Hermann Widhalm
„Antworten“

ne Verhalten, Ethik ist eine Voraussetzung um Werte umzusetzen. Politik wird in diesem Sinn als Werteverwirklichung angesehen und ist ein gesellschaftspolitischer Prozeß. Es gibt allerdings noch eine zweite Perspektive und die wird in der öffentlichen Diskussion eigentlich oft verschwiegen, weil sie in der konkreten kritischen Analyse zu oft sehr peinlichen Diskussionen führe. Diese zweite Dimension besteht darin, daß man Ethik bzw. Moral auch als Richtschnur für individuelles politisches Verhalten ansehen muß. So quasi als eine Verhaltenslehre, die in der Frage kalibriert, welche persönliche Ei-

nein engen Zusammenhang zu gesellschaftlichen Moralvorstellungen. Die gesellschaftlichen Moralvorstellungen finden sehr oft ein Spiegelbild in der Politik. Der Politiker, der seine Aufgabe nur darin sieht die gängigen gesellschaftlichen Moralvorstellungen umzusetzen, ihnen Rechnung zu tragen, verkennt einen wichtigen Teil seiner Aufgabe. Ich habe mir sehr oft die Frage gestellt, welche Auswirkungen Skandale in der Politik auf die Gesellschaft haben. Man ist sehr oft von der naiven Vorstellung ausgegangen, daß jeder Skandal die totale Ablehnung gegenüber demjenigen zum Ausdruck bringt, der den

Skandal zu verantworten hat. Das Gegenteil scheint mir der Fall zu sein. Eine kritische Analyse der Geschehnisse der Zweiten Republik scheint eher die These zu untermauern, daß politische Skandale eigentlich gar nichts besonderes bewegt haben, sondern sehr oft gerade

ten Nationalchavismus bei den Predigern der Modernisierung. Wir finden genauso den normalen Opportunismus, bei dem man heute nicht weiß wo er hinget und sie finden aber trotzdem – und das soll auch gesagt werden – ein beträchtliches Maß an uneigennütziger



Im Publikum: Im Bundesminister a. D. Dr. Wolfgang Scheitz und Rechtsanwaltspräsident Dr. Tschopp

zur Bestätigung derjenigen Mächtigen gedient haben, die letztlich für diese Skandale verantwortlich sind. Man hat sehr oft den Eindruck gehabt, daß eigentlich gar nicht die moralische Frage im Vordergrund gestanden ist, sondern eher die Bewunderung für ein besonders taktisch geschicktes Verhalten.

Die Bestandsaufnahme der moralischen Situation der Politik ist nicht nur in Österreich, sondern auch in den meisten westeuropäischen demokratischen Systemen eine durchaus kritische. Nicht nur, was die politische Moral anbelangt, sondern vor allem was die Sozialmoral anbelangt, bei der man von einem allgemeinen Verfall spricht oder zumindest von einer Zerküftung der Sozialmoral. Wir finden den egoistischen Sozialchavismus in geborenen Einkommensbereichen ebenso wie einen verzweif-

sozialer Verantwortung und Engagementbereitschaft.

Wir haben die Aufgabe immer wieder auf die moralische Dimension der Politik hinzuweisen. Klarzustellen, daß eine Politik ohne Moral als Grundlage menschlichen und gesellschaftlichen Handelns nicht möglich ist und daß diese moralische Einstellung letztlich auch ein Teil unserer Kultur ist. Um das zu wissen und zu verstehen bedarf es großer Vorbilder, die einem das deutliche machen. Es ist nicht der Moralismus in der Politik gefragt, sondern die politische Position des Einzelnen. Diese Entscheidung muß der Einzelne selbst fällen, sie fällt nie das System oder der Staat für ihn. Und damit ergibt sich auch Individualität jedes moralischen Verhaltens, die – das muß ich sagen – für die österreichische Volkspartei seit ihrem Bestand



Nach dem Fest für Dr. Wehner: Nationalratspräsident Dr. Neuner im Gespräch.

ein Grundanliegen war. Und wenn wir uns das heute in Erinnerung rufen, können wir besonders dankbar sein, daß wir in Hermann Wehner ein Vor-

bild haben, das uns gerade diese Herausforderung in einer unglaublichen Weise in Erinnerung ruft und deutlich macht". ■

Staat und Kirche in der „Ostmark“

Im Herbst 1996 hat im „Internationalen Forschungszentrum für Grundfragen der Wissenschaften“ in Salzburg ein Symposium zum Thema „Staat und Kirche in der Ostmark“ stattgefunden, wie in den Mitteilungen des katholischen Hochschulwerkes vom Jänner 1997 berichtet wird.

In einem Arbeitspapier der „Dienststelle des Reichsheinrichs Alfred Rosenberg“ vom Mai 1938 hat das Amt des Verantwortlichen für die weltanschauliche Erziehung in der NSDAP Punkte aufgelistet, die angeblich einer dringenden Neuordnung bedurften wie: Konkordat, Erziehungswesen, Kongrua, Frage und freie Wahl des Religionsbekenntnisses, weiters klostertlicher Besitz und Ehe-recht. Etappen dieses Kampfes waren die Infragestellung der moralischen Integrität der Geistlichkeit durch die Publikmachung angeblicher Sittlichkeitsdelikte, erhöhter Steuerdruck gegenüber den Ordensgemeinschaften, Verbannung

der Ordenslehrkräfte aus den Schulen, Zerstörung des katholischen Schul-, Kindergarten- und Heimwesens; systematische Klosteraufhebungen und Griff nach dem Vermögen mit Hilfe der „Verordnung über die Einziehung von volks- und staatsfeindlichen Vermögens im Lande Österreich“ gewesen.

Die Leiterin des Wiener Diözesanarchivs berichtete über das Wirken der von Kardinal Innitzer errichteten „kirchlichen Hilfsstelle für nichtarische Christen“. Dieser Hilfsstelle sei es lange Zeit gelungen, die Verbindung mit der katholischen Gemeinde im Lager Theresienstadt aufrecht zu erhalten. ■

Wir gratulieren zum Geburtstag

95 Jahre **Margarete Urban**
90 Jahre **Dr. Walter Reicher**
80 Jahre **Zita Thanner**

Die Freiheitlichen und die katholische Kirche

„Ohne Habsburg ohne Rom“

Die Beziehungen zwischen der Kirche – im besonderen in Österreich der katholischen Kirche – und den politischen Parteien standen in jüngerer Zeit vielfach im Mittelpunkt von Diskussionen. So haben etwa Erklärungen freiheitlicher Spitzenfunktionäre zu diesem Thema Aufsehen erregt, da sie eine Abkehr von altüberlieferten Anschauungen andeuten schienen.

Den Älteren in Österreich ist wohl ein Schlagwort der Zeit vor dem ersten Weltkrieg im Ohr, das von dem „Ritter Jörg“, also von Georg Ritter von Schönerer, der sich in Anlehnung an ein Pseudonym Martin Luthers gerne als „Ritter Jörg“ titulieren ließ: „Ohne Habsburg ohne Rom bauen wir an Deutschlands Dom“ und dazu gab es noch die Variante „Ohne Juda ohne Rom“.

Schon vor dem ersten Weltkrieg war also in beträchtlichen

Teilen der sogenannten „Großdeutschen“ nicht nur der Antisemitismus und der Antihabsburgismus virulent, sondern eben auch die Ablehnung der Unabhängigkeit Österreichs. Was damals freilich noch viel gewichtiger schien, mußte es doch die Zerschlagung der k.u.k. Monarchie bedeuten.

In der ersten Republik ist von Schönerers Thesen einiges übrig geblieben. So etwa das gespannte Verhältnis der „Großdeutschen“ zur Kirche. Diese Spannung – ihre Tradition reiche

bis ins 19. Jahrhundert und die schon damals demonstrierte Ablehnung des Konkordats zwischen Staat und katholischer Kirche zurück. Die Ende des 19. Jahrhunderts mächtigen Liberalen, bilßen mit der immer weiter gehenden Ausdehnung des Wahlrechts an Bedeutung ein. Sie mündeten schließlich in der Großdeutschen Partei, die zwar anfangs noch als Koalitionspartner der Christlichsozialen mitregierte, sich aber in den dreißiger Jahren zurückzog. Sie hat sich später aufgelöst oder besser, ist dahingeschmolzen und in der NSDAP aufgegangen. So ergibt sich der wohl nur in Österreich mögliche Effekt, daß aus Liberalen Nationalsozialisten wurden. Nicht zuletzt mag dabei die antikirchliche, antikirchliche Haltung und die starke Betonung gerade der Bindung an die Kirche durch Dollfuß und Schuschnigg eine Rolle gespielt haben.

In jüngster Zeit wie schon eingangs erwähnt, haben freiheitliche Politiker den Eindruck erweckt, es gäbe eine Annäherung der FPÖ zur katholischen Kirche. Kontakte etwa des FPÖ-Obmannes Jörg Heider zu dem St. Pöltner Bischof Krenn wiesen auch in diese Richtung.

Ein gemeinsamer Weg

Nun haben verschiedene katholische Prominente zu diesen Vorgängen Stellung genommen.

Bei einem „Journé fixe“ des Verbandes katholischer Publizisten erklärte etwa die Präsidentin der katholischen Aktion Eva Petrik zu dem Thema „Kirche und Freiheitliche Partei, ein Stück gemeinsames Weges gehen ...?“. Die katholische Aktion und die katholische Kirche werden sich, so hoffe ich nicht vereinnahmen lassen.“ Die Ernsthaftigkeit einer Annäherung an die Kirche zeige sich im Verhalten der Politiker als Gradmesser, neben den politi-

schen Inhalten sei die Glaubwürdigkeit der Repräsentanten entscheidend. Das „seine Werte verteidigende Christentum“ enthalte einen Tenor der Abgrenzung: „Wie ist das vereinbar mit einer Kirche, die die gleiche Würde allen Menschen zuspricht“ fragte Petrik. Wenig Übereinstimmung fand Petrik bei der Ausländer- und Abtreibungsfrage. „Höchste Wachsamkeit gegen Versöhnung, offen für Gespräche.“

Ein „atmosphärisches Arrangement“ zwischen Nationalliberalen und Wertkonservativen stellte der Innsbrucker Dogmatikprofessor Josef Niewiadomski fest. Dem „Heidentum im katholischen Gewand“ und dem „Glaubensdogma des pseudodarwinistischen Klasses“ stellte Niewiadomski Papst Johannes Paul II gegenüber, der „die katholische Soziallehre ins Zentrum des Glaubens gerückt hat.“ Jörg Heiders Kriterien seien „Erfolg“ und das „Freund-Feind-Denken“, dem er alles unterordnet. Die von Heider als „Damaskus-Erlebnis“ bezeichnete „Erfahrung der Entsolidarisierung“ sei „keine Bekehrung“ gewesen. Der Chef der Freiheitlichen betrachte die Entsolidarisierung unter dem Aspekt, „wie daraus ein Erfolg machbar“ ist, ungemindert auf das Freund-Feind-Verhältnis.

Andreas Mölzer, einst „Vordenker“ der FPÖ, laut Eigendefinition „Möller Taufschwein“, betonte, daß der jüngste Schritt der FPÖ Richtung Kirche „ganz billige Motive“ habe. Die FPÖ suche „keine Partner bei den Bischöfen“, sondern den Wähler mit seinem katholischen Lebensgefühl. Ideologische Überlegungen unterstelle Mölzer F-Programmkordinator Stadler, der auch die „christlich-jüdischen Wurzeln“ Europas im Programm hineingeschrieben habe: „Oder hätten Sie es lieber gehobt, daß die FPÖ eine Christenverfolgung ins Programm geschrieben hätte?“ Aufhören ließ der Berater des FPÖ-Parteiobermanns mit seiner Forderung nach einer „neuen Spiritualität“, wobei ihm trotz Nachfragens nur „Gedichte von Friedrich Schiller“ einflehen. ■

Zivildienst an Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus

Der 1994 gegründete Verein „Niemand Vergessen“, welchen der Österreichische Gewerkschaftsbund unterstützt, hat sich die Entsendung von Zivildienstern zu Holocaust-Gedenkstätten, die Förderung der Erhaltung dieser Gedenkstätten und die Verwaltung von Seminaren und Gedenkfahrten zur Aufgabe gemacht und er bietet Zivildienstpflichtigen die Möglichkeit – abseits der üblichen Einsatzmöglichkeiten – ihren Zivildienst in einer Gedenkstätte im Ausland zu absolvieren und

sucht dafür laufend interessierte Jugendliche.

Die Einsatzgebiete für Auslandszivilidienten wurden mittlerweile von den polnischen Gedenkstätten Auschwitz, Majdanek, Stutthof und Groß Rosen auch auf die Gedenkstätten Haus der Wannseekonferenz in Berlin, die Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ in Bernburg und die Gedenkstätten Buchenwald, Dachau, Ravensbrück, Neuengamme, Bergen-Belsen, Mittelbau-Dora und Sachsenhausen in Deutschland erweitert. ■

Kontaktadresse:

Österreichischer Gewerkschaftsbund
1010 Wien, Hohenstaufengasse 10-12
Tel. 0222/534 44-04

„Die Gretchenfrage“

Ebenfalls zum Thema Kirche und Politik äußerte sich der Vorstand des Instituts für Kirchengeschichte an der Universität Graz Dr. Maximilian Liebmann:

Im Juli 1960 stand die Frage der staatlichen Gültigkeit des sogenannten Dollfuß-Konkordats 1933/34 auf der Tagesordnung des Parlaments. Mit Nachdruck hatten der Hl. Stuhl und Papst Pius XII. persönlich diese Anerkennung von Österreich verlangt. Im Spätherbst 1957 sprach die österreichische Bundesregierung diese Anerkennung endlich aus und im Juli 1960 das Parlament. Wobei die ÖVP immer hierfür eingetreten war und die SPÖ mit kämpferisch antiken Tönen bis dahin erfolgreich dagegen gekämpft hatte. Mit der staatlichen Anerkennung geschah der geschichtswichtige Friedensschluß der Sozialistischen Partei bzw. der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Österreichs mit der katholischen Kirche, und dem Stück gemeinsamen Weges von kirchentreuen Katholiken mit der SPÖ stand nichts mehr im Wege.

Eine Partei stimmte im Parlament gegen die Anerkennung des Konkordats 1933/34, und das war die FPÖ. Ihr Klubobmann Dr. Wilfried Gredler gab hierbei die einheitliche negative Haltung seiner Partei mit wenig überzeugenden Argumenten zum Besten. Damit lautet die Gretchenfrage über die

Ermsthaftigkeit der Annäherung der FPÖ zur Kirche: Wie hält sie es mit dem Konkordat, lehrt sie es noch immer ab?

Ob Wahl- oder Partizipaktik: Sich christlich zu nennen oder nicht, entwickelt seine Eigen-dynamik. 1945 war bei der ÖVP in ihrer Gründungsphase allen Erastes die Bezeichnung „Christliche Sozialisten“ im Gespräch; sie tat es aus diversen Gründen nicht.

In dem von der österreichischen Bischofskonferenz herausgegebenen Sammelband „Kirche in der Gesellschaft, Wege in das 3. Jahrtausend“ haben wir von der Arbeitsgruppe „Kirchliche Zeitgeschichte“ einstimmig formuliert: „Themenzentrierte Kooperation bzw. auch Konflikte mit den Parteien sind für die gegenwärtige Situation signifikant: Während größere Übereinstimmung kirchlicher Positionen beim Strafrecht und bei der Schulreform mit der ÖVP zu vermerken sind, ist Analoges bei sozialpolitischen Anliegen mit der SPÖ feststellbar, wobei die Öffnung zu anderen Parteien im Steigen begriffen ist.“ ■

Rosa Szalay – 75 Jahre

Unsere Kameradin, Rosa Szalay, seit heuer Obfrau unseres burgenländischen Landesverbandes, vollendet am 2. August 1997 ihr 75. Lebensjahr.

Sie stammt aus einer bekannten probösterreichischen Familie, die stets auch für die Wiedererrichtung eines freien demokratischen Österreichs eingetreten ist. Ihre Eltern, Matthias und Anna Kaufmann, sowie sie selbst haben im Herbst 1944 in ihrem Haus, einem Baumeisterunternehmen in Schützen am Gebirge, 6 Wochen lang in der Gegend des Neusiedlersees vom Flugzeug abgesprungene Angehörige der US-Luftwaffe beherbergt und versorgt.

Am 03.11.1944 ist die ganze Familie von der Gestapo verhaftet worden. Sie und ihre Eltern sind bis zur Befreiung Wiens durch die Truppen der Roten Armee in Haft gewesen. Als sie nach Schützen zurückkehrten, mußten sie feststellen, daß ihr Haus inzwischen geplündert worden war.

Nach der Befreiung Österreichs ist unsere Kameradin Szalay für ihre Weltanschauung aktiv tätig

gewesen. Sie gehört seit der Gründung unserer burgenländischen Landesorganisation an, viele Jahre in leitender Stellung, und vertrat unsere Organisation in einschlägigen Kommissionen des Landes. Vor allem hat sie sich in sozialer Hinsicht für ihre Kameraden eingesetzt. Seit vielen Jahren übt sie auch die Funktion einer Schriftführerin unseres Kuratoriums aus.

Für ihren Einsatz hat sie das Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs sowie eine hohe burgenländische Auszeichnung erhalten. Auf der Tagung des Kuratoriums in Graz 1996 haben wir sie mit der Überreichung eines Wappennellers geehrt.

Wir danken Kameradin Szalay für ihren steten Einsatz für ihre geliebte Heimat Österreich und ihre Kameradinnen und Kameraden bitten den Herrn, er möge ihr noch viele Jahre in Gesundheit und Zufriedenheit schenken. ■



Die Votivkirche in Wien. Blick von der Ringstraße. Erbaut „ex voto“, zum Andenken an die Errettung Kaiser Franz Joseph I. vor einem Attentat auf der Bastei. In jene Zeit fällt der Beginn des Widerstandes der „Großdeutschen“ gegen das Konkordat, die enge Bindung zwischen Kirche und Staat – damals dem Monarchen.

In eigener Sache

Für die verspätete Auslieferung dieser Ausgabe des „Freiheitskämpfers“ bitten wir sehr um Entschuldigung. Die Aktenstücke mit dem gesamten Material ist unmittelbar vor der Übergabe an die Produktion in Verlust geraten und konnte trotz aller Bemühungen nicht mehr auffindig gemacht werden. So mußten alle Artikel und Notizen rekonstruiert werden, was leider eine gewisse Zeit in Anspruch genommen hat.

Für die Redaktion:
Johannes Eißler

Ängste vor der Zukunft

Die Angst geht um in Europa. Nicht nur in Österreich machen sich die Menschen Sorgen um die Zukunft im Vereinten Europa. Obwohl der wirtschaftliche Wohlstand um nichts schlechter geworden ist als in den letzten Jahren, ja im Gegenteil die Wirtschaft Zuwächse zu verzeichnen hat, sind die Österreicher bekümmert.

Wohl nicht zuletzt, weil die „Medien“, also die Zeitungen vor allem, aber auch Radio und Fernsehen ihnen suggerieren, es stünden erste Krisen bevor, die Pensionen seien unsicher, der „Kollaps“ stehe vor der Tür. Alle Betroffenen, die ein wenig weniger als bisher in Zukunft bekommen könnten, tun so, als ob ihnen die Existenz weggenommen würde. Ältere Leute erinnern sich vielleicht noch an die Dreißiger Jahre, als im Gefolge einer wirklich schrecklichen Weltwirtschaftskrise, es etwa 1932 346.000 unterstützte Arbeitslose gab, aber nach Schätzungen noch einmal soviel „Ausgesteuerte“, also Arbeitslose die gar nichts bekamen und von Almosen oder der Caritas leben mußten. Schätzungen beziffern die Zahl der Arbeitslosen insgesamt damals mit mehr als 600.000. Damals stand Österreich unter einer Art Zwangsverwaltung, es gab einen Völkerbundkommissar, der der Regierung Sparvorschriften machte.

In der Tat, die Bezüge aller öffentlich Bediensteten wurden damals um ein Drittel gekürzt. Damit muß man unsere heutige Situation vergleichen. Doch sollte nicht verschwiegen werden, daß das Anwachsen des Nationalsozialismus, in den Dreißiger Jahren sicherlich mit der Wirtschaftskrise, mit der

Arbeitslosigkeit und mit den Kürzungen der Gehälter und Löhne durch Bund und Länder zusammenhing.

Verblüffender Weise haben unsere deutschen Nachbarn die gleichen Sorgen, wenn nicht sogar noch weit größere, wie wir. Viele Jahrzehnte haben die Österreicher und die anderen Europäer nach Deutschland geblickt, wo die Bundesrepublik geradezu das Exempel des Wirtschaftswunders vorzeigte. Ein Wander übrigens, das vielleicht etwas beschreibender, aber eben doch auch in Österreich sich ereignete. Aber dafür hatten die Deutschen die schreckliche Teilung, die Mauer in Berlin, die Stacheldrahtgrenze von Nord nach Süd, quer durch die deutschen Länder, hinter der sich die Kommunisten in der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik verschanzten.

Ein Ende dieser Teilung war auch für außenpolitische Fachleute nicht abzusehen. Umso grandioser erschien daher der Erfolg der Regierung Kohl, die 1989 und in den folgenden Jahren die Wiedervereinigung durchzusetzen konnte, in unvorstellbarer Weise von den Deutschen im Osten unterstützt. Dort, wie auch sonst im östlichen Europa, erwies sich der kommunistische Koloss ursprünglich als ein Gebäude auf lötlernen Füßen.

Der Siegesjubel ist verklungen, die Deutschen tragen schwer an der Erbschaft der Ulbricht und Co. Das Bemühen die offenkundig völlig bankrotte Wirtschaft im Osten auf westlichen Standard zu bringen und „Ostis“ die selben Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen wie den „Westis“, kostet der ehemaligen Bundesrepublik sowie Milliarden harter D-Mark, daß ihr eigenes Wirtschaftsimperium ins Schwanken gekommen ist.

Und so sind manche Zahlen aus Deutschland weitaus beängstigender als die Zustände hierzulande... nur 47% erwarten sich vom „Euro“ gute Ergebnisse. 43% blicken mit Hoffnung in die nächste Zukunft, aber 56% machen sich größte Sorgen. Und in der deutschen Jugend ist der Zukunftspessimismus weit verbreitet.

Und ganz ähnlich wie in

Österreich, in Deutschland, ist es auch in Italien, in Frankreich und in England. Die jüngsten Wahlergebnisse mit Siegen der Linken, zeigen das sehr deutlich. Da darf man sich schon recht verwundert fragen, woher denn eigentlich dieser Pessimismus, die Zukunftsangst, kommt. Und da fällt einem auch ein, daß ja das Jahr 2000 bevor steht. Ob da nicht in manchen Menschen doch noch ein wenig Angst vor dem „Jüngsten Tag“, vor einer Apokalypse im Unterbewußtsein steckt? Wir wissen ja, daß es solche Psychosen schon vor 1000 Jahren gegeben hat.

Dazu kommen noch die Kometen am Himmel und die Schreckenmeldungen über den Zustand der Natur. Wenn uns etwa nicht mehr der Atomkrieg oder das Supergau aus den Atomwerken bedroht, dann doch wenigstens Aids oder gar eine Invasion der Islamvölker. Und wie ist es denn mit der „Gelben Gefahr“, von der schon der deutsche Kaiser Wilhelm II. geschwafelt hat?

Vielleicht sollten wir unsere Herzen ein wenig in die Hand nehmen, auf den Herrgott vertrauen und auch auf unsere eigenen Leistungen. J.E. ■

Gedenkveranstaltung anlässlich des 11. März 1938

Wie alljährlich haben auch heuer Gedenkveranstaltungen anlässlich der Wiederkehr der Besetzung Österreichs durch die Nationalsozialisten und zum Gedenken an deren Opfer stattgefunden.

In Wien an der Gedenkstätte, 1010 Wien Gonzagagasse (Figl-Hof), 1080 Wien, Landesgericht Hinrichtungsstätte und 1210 Wien, Floridsdorf Am Spitz.

Die Gedenkveranstaltungen sind zum Teil, angeregt von Wiener Stadtschulrat, von der Schuljugend getragen worden. Besonders eindrucksvoll war die Veranstaltung von Schülern des Akademischen Gymnasiums in Wien I. an der auch der Präsident des Wiener Stadtschulrates Dr. Scholz, teilgenommen hat.

Musikalisch untermalt sind von den Schülern Stellen aus Werken von NS-Opfern vorgetragen worden. Ein Vertreter des Gedenkinitiatoren hat über seine Arbeit berichtet.

Das Schlusswort hat der Bezirksvorsteher der Inneren Stadt, Dr. Richard Schmitz, gesprochen.

Urlaubssperre

Das Sekretariat ist vom 2. Juli bis einschließlich 1. September 1997 geschlossen.

Ab 2. September ist jeden Dienstag von 10:00 bis 12:00 Uhr geöffnet.

Tel.: 406 11 44

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Kuratorium der ÖVP-Karneradelschaft der politischen Verfolgten, 1030 Wien, Laubengasse 16
Verleger: NORMA-ZEITUNGS-VERLAG Ges.m.b.H., 3403 Klosterneuburg, Wiener Straße 108
Redaktion: Johannes Ertlitz
Layout: Gerhard Östinger
Druck: Mayer & Comp., 1220 Wien, Obachgasse 70

